

Parlament für mehr Kontrolle

Fraktionen loben Steuerungskonzept für Eigenbetriebe

Fast einstimmig haben die Hanauer Stadtverordneten auf ihrer jüngsten Sitzung das von allen sieben Fraktionen gemeinsam erarbeitete Konzept der verbesserten politischen Steuerung des „Unternehmens Stadt“ beschlossen.

HANAU · Wie berichtet, müssen sich die aus betriebswirtschaftlichen Gründen ausgelagerten städtischen Eigenbetriebe, Gesellschaften oder Fachbereiche künftig auf eine schnellere und direktere Kontrolle durch die politischen Mandatsträger einstellen. Erreicht wird das dadurch, dass wichtige Entscheidungen in den ausgelagerten Betriebsstellen künftig zuvor in öffentlichen Ausschüssen des Parlaments behandelt werden müssen, bevor sie dann nochmals in den einzelnen Aufsichtsräten oder Betriebskommissionen auf der Tagesordnung stehen.

Außerdem werden sich die Mehrheitsverhältnisse in den Kontrollgremien ändern. Deren Anzahl der Sitze wird so erhöht, dass

jede Fraktion im Parlament dort vertreten ist. Dabei können die Fraktionen auch externe Sachverständige in das Gremium berufen. Bis das Ganze umgesetzt ist, werden etwa eineinhalb bis zwei Jahre ins Land gehen, so die Hoffnung der Parlamentarier.

Die Fraktionen waren voll des Lobes über das in etwa zwei Jahren erarbeitete Konzept, dem Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) eine bundesweite Vorreiterrolle attestierte. Vor allem die kleineren Fraktionen von FDP, BfH, Grünen, rechtsextremen Republikanern und Linken fanden es bemerkenswert, dass die beiden Großen, SPD und CDU, es zugelassen hätten, für die Kleinen eine Gleichberechtigung bei der Besetzung der Kontrollorgane einzuräumen. BfH-Fraktionschef Oliver Rehbein lobte das angekündigte Qualifizierungsprogramm für die Abgeordneten. Als einziger gegen das Konzept votierte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Thomas Straub.

ARE

Siehe „Nachgefragt“

Fr: Mi., 15.11.2006